Deutscher Bundestag **Drucksache 16/8173**

16. Wahlperiode 19. 02. 2008

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Tourismus (20. Ausschuss)

1. **zu dem Antrag der Abgeordneten Klaus Brähmig, Jürgen Klimke, Hans-Peter Friedrich (Hof), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Annette Faße, Reinhold Hemker, Elvira Drobinski-Weiß, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD – Drucksache 16/4603 –**

   Zukunftstrends und Qualitätsanforderungen im internationalen Ferntourismus

2. **zu dem Antrag der Abgeordneten Undine Kurth (Quedlinburg), Ute Koczy, Kai Gehring, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 16/4181 –**

   Tourismus zur Armutsbekämpfung und zur sozialen und ökologischen Entwicklung in den Partnerländern nutzen

A. Problem

Die Welttourismusorganisation (UNWTO) rechnet damit, dass sich die Zahl der weltweiten Touristenankünfte von 898 Millionen im Jahr 2007 auf 1,6 Milliarden im Jahr 2020 erhöhen wird. Die Reisenden werden dabei geschätzte zwei Billionen US-Dollar ausgeben. Damit ist der Tourismus weltweit einer der wichtigsten Wirtschaftssektoren mit überdurchschnittlichen Wachstumsraten. Als Begünstigte der rasanten Tourismusentwicklung werden in erster Linie die Entwicklungs- und Schwellenländer gesehen. Die dort registrierten Touristenankünfte aus dem Ausland hatten nach Angaben der UNWTO bereits 2004 einen Anteil von 36 Prozent am globalen Gesamtvolumen erreicht.

Schon heute hat der Tourismus in vielen dieser Länder einen bedeutenden Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung geleistet. Der Tourismus bietet also Chancen zur Armutsbekämpfung sowie zur sozialen und ökologischen Entwicklung der Partnerländer. Allerdings war Tourismusförderung bislang kein Schwerpunkt der deutschen Entwicklungszusammenarbeit. Im Zeitraum 1990 bis 2000 sind die Tourismuseinnahmen in den Entwicklungsländern mit 133 Prozent und in den am wenigsten entwickelten Ländern mit 154 Prozent anteilmäßig deutlich stärker gestiegen als in den EU- oder OECD-Ländern. In den Entwicklungsländern sowie den am wenigsten entwickelten Ländern machten die Tourismuseinnahmen mit 43 Prozent bzw. 71 Prozent beachtliche Anteile an den Einnahmen aus Devisenleistungen aus.

Gleichzeitig darf nicht verkannt werden, dass neben positiven Entwicklungen auch eine Reihe negativer Effekte in ökologischer, sozialer oder kultureller Hinsicht auftreten können. Zu den erschreckenden Folgewirkungen des Ferntourismus gehört nach wie vor die sexuelle Ausbeutung von Frauen und Kindern.

In dem gemeinsamen Antrag fordern die Fraktionen der CDU/CSU und SPD die Bundesregierung auf, eine wissenschaftliche Untersuchung in Auftrag zu geben, in der die wissenschaftlichen Quellen zum Tourismus in Entwicklungsländern erfasst und aufbereitet werden. Die Fraktionen wollen weiterhin, dass der Tourismus auf Wunsch der Partnerländer zu einem Schwerpunkt der Entwicklungszusammenarbeit erklärt werden kann. Deutsche Tourismusunternehmen, die in Entwicklungsländern investieren, sollten sich bereit erklären, den am wenigsten entwickelten Ländern beim Aufbau der Infrastruktur sowie der sozialen und wirtschaftlichen Weiterentwicklung zu helfen. Die nachhaltige Tourismusentwicklung müsse zudem durch eine stärkere Teilhabe der Einheimischen gefördert werden. Reiseveranstalter sollten ihren Kunden vermehrt Informationen und Programme anbieten, die das Interesse der Urlauber an „Land und Leuten“ aufgreifen. Was die Ermittlungen wegen sexueller Ausbeutung von Kindern und Jugendlichen angeht, solle das Bundeskriminalamt weitere Verbindungsbeamte in den besonders betroffenen Ländern einsetzen. Fluggesellschaften und öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten werden aufgerufen, Aufklärungskampagnen gegen Kindersextourismus zu unterstützen, vor allem durch Informationsfilme, um die Reisenden zu sensibilisieren. Auch über den internationalen Artenschutz und umweltverträgliches Verhalten in den Zielländern müsse intensiver aufgeklärt werden, fordern die Abgeordneten. Sie wollen, dass das Bewusstsein der deutschen Reisenden für die positiven wie die negativen Wirkungen des Tourismus in Entwicklungsländern erweitert wird.

Mit ihrem Antrag fordert die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Bundesregierung auf, den nachhaltigen Tourismus zu fördern, um dadurch zur Bekämpfung der Armut und zum Umweltschutz in den Entwicklungsländern, und damit zur Erfüllung der Millennium-Entwicklungsziele, beizutragen. Neben der Förderung von Pilotprojekten solle zusammen mit der Tourismuswirtschaft mehr Gewicht auf ökologische und soziale Verbesserungen im Massentourismus gelegt werden. Die Abgeordneten setzen dabei auf ein Zusammenwirken der deutschen Entwicklungszusammenarbeit mit der Tourismuswirtschaft in Form von Entwicklungspartnerschaften. In den Tourismusregionen der jeweiligen Partnerländer sollten regionale Wirtschafts- und Versorgungskreisläufe gefördert werden, um so die Wertschöpfung zu erhöhen und die indirekten ökologischen Lasten durch die Versorgung der Touristen zu senken. Das Leitbild der nachhaltigen touristischen Entwicklung solle bei der Ausbildung in den Tourismusberufen, vor allem der Reiseverkehrsberufe, übernommen werden. Die Fraktion regt dazu eine entsprechende Qualifizierungsoffensive gemeinsam mit der Tourismuswirtschaft an. Schließlich wird die Bundesregierung aufgefordert, die Umsetzung des Aktionsplanes der Stockholmer Konferenz gegen kommerzielle sexuelle Ausbeutung von Kindern weiterhin zu fördern und sich auf nationaler und internationaler Ebene für eine konsequente Verfolgung der Straftäter und für den Schutz der Opfer einzusetzen.

B. Lösung

Zu Nummer 1

Annahme des Antrags auf Drucksache 16/4603 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP

Zu Nummer 2

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/4181 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

a) den Antrag auf Drucksache 16/4603 anzunehmen

b) den Antrag auf Drucksache 16/4181 abzulehnen.

Berlin, den 13. Februar 2008

Der Ausschuss für Tourismus

Marlene Mortler
Vorsitzende

Jürgen Klimke
Berichterstatter

Reinhold Hemker
Berichterstatter

Ernst Burgbacher
Berichterstatter

Dr. Ilja Seifert
Berichterstatter

Bettina Herlitzius
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Jürgen Klimke, Reinhold Hemker, Ernst Burgbacher, Dr. Ilja Seifert und Bettina Herlitzius

I. Überweisung

1. Zum Antrag auf Drucksache 16/4603

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 88. Sitzung am 22. März 2007 den Antrag auf **Drucksache 16/4603** zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Tourismus und zur Mitberatung an den Auswärtigen Ausschuss, den Innenausschuss, den Rechtsausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, den Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe, den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung, den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, den Ausschuss für Kultur und Medien und den Haushaltsausschuss überwiesen.

2. Zum Antrag auf Drucksache 16/4181

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 88. Sitzung am 22. März 2007 den Antrag auf **Drucksache 16/4181** zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Tourismus und zur Mitberatung an den Auswärtigen Ausschuss, den Innenausschuss, den Rechtsausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, den Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe, den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung, den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, den Ausschuss für Kultur und Medien und den Haushaltsausschuss überwiesen.

II. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

1. Zum Antrag auf Drucksache 16/4603

Der **Auswärtige Ausschuss** hat in seiner 56. Sitzung am 23. Januar 2008 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP empfohlen, den Antrag anzunehmen.

Der **Innenausschuss** hat in seiner 58. Sitzung am 23. Januar 2008 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP empfohlen, den Antrag anzunehmen.

Der **Rechtsausschuss** hat in seiner 84. Sitzung am 23. Januar 2008 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimme der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP sowie bei Abwesenheit der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Antrag anzunehmen.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat in seiner 54. Sitzung am 23. Januar 2008 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP empfohlen, den Antrag anzunehmen.

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat in seiner 48. Sitzung am 23. Januar 2008 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP empfohlen, den Antrag anzunehmen.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat in seiner 53. Sitzung am 23. Januar 2008 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP empfohlen, den Antrag anzunehmen.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat in seiner 50. Sitzung am 23. Januar 2008 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Abwesenheit der Fraktionen FDP und DIE LINKE. empfohlen, den Antrag anzunehmen.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat in seiner 49. Sitzung am 23. Januar 2008 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP empfohlen, den Antrag anzunehmen.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat in seiner 54. Sitzung am 23. Januar 2008 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP empfohlen, den Antrag anzunehmen.

Der **Ausschuss für Kultur und Medien** hat in seiner 47. Sitzung am 23. Januar 2008 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP empfohlen, den Antrag anzunehmen.

Der **Haushaltsausschuss** hat in seiner 52. Sitzung am 24. Oktober 2007 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Antrag anzunehmen.

2. Zum Antrag auf Drucksache 16/4181

Der **Auswärtige Ausschuss** hat in seiner 56. Sitzung am 23. Januar 2008 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Innenausschuss** hat in seiner 58. Sitzung am 23. Januar 2008 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE.

und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Rechtsausschuss** hat in seiner 84. Sitzung am 23. Januar 2008 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Abwesenheit der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat in seiner 54. Sitzung am 23. Januar 2008 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat in seiner 48. Sitzung am 23. Januar 2008 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat in seiner 53. Sitzung am 23. Januar 2008 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat in seiner 50. Sitzung am 23. Januar 2008 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Abwesenheit der Fraktionen FDP und DIE LINKE. empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat in seiner 49. Sitzung am 23. Januar 2008 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat in seiner 54. Sitzung am 23. Januar 2008 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Kultur und Medien** hat in seiner 47. Sitzung am 23. Januar 2008 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Haushaltsausschuss** hat in seiner 52. Sitzung am 24. Oktober 2007 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag abzulehnen.

III. Beratungsverlauf und Abstimmungsergebnis im federführenden Ausschuss für Tourismus

Der **Ausschuss für Tourismus** hat nach der Überweisung der Vorlagen in seiner 34. Sitzung am 23. Mai 2007 beschlossen, eine öffentliche Sachverständigenanhörung zu den beiden vorliegenden Anträgen durchzuführen. Die öffentliche Anhörung erfolgte in der Sitzung am 10. Oktober 2007, an der folgende Sachverständige teilgenommen haben: Heinz Fuchs, Tourism Watch, Evangelischer Entwicklungsdienst e.V. (EED), Günther Ihlau, Direktor für Internationale Beziehungen der TUI AG, Klaus Laepple, Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Tourismuswirtschaft, Klaus Lengefeld, Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ), Armin Vielhaber, Vorstandsvorsitzender des Studienkreises für Tourismus und Entwicklung.

Zum Ergebnis der Anhörung wird auf das Protokoll der 40. Sitzung des Tourismusausschusses verwiesen. Die Stellungnahmen der Sachverständigen sind zudem auf der Internetseite des Tourismusausschusses veröffentlicht.

Der Ausschuss für Tourismus hat die beiden Anträge in seiner 50. Sitzung am 13. Februar 2008 gemeinsam beraten. Nach Abschluss der Beratung hat der Ausschuss für Tourismus mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP beschlossen, die Annahme des Antrags auf Drucksache 16/4603 zu empfehlen.

Der Ausschuss hat ferner mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beschlossen, die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/4181 zu empfehlen.

Die **Koalitionsfraktionen der CDU/CSU und SPD** hoben hervor, dass der Stellenwert des Tourismus für die Entwicklungsländer immer wichtiger werde. In einigen Ländern habe sich der Tourismus als bedeutende Einnahmequelle etabliert; andere Länder würden sich zunehmend darauf einstellen. In diesem Sinne leiste der Antrag einen guten Beitrag, um im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit einer Anhebung des Engagements im Handlungsfeld Tourismusförderung den Weg zu ebnen. Ein solches Vorgehen könne geeignet sein, auch die Entwicklungsziele der Bundesregierung bzw. die Millenniumsziele noch besser zu unterstützen. Insofern zeige der Antrag, welche Zukunftstrends es gebe und welche Qualitätsanforderungen gestellt werden sollten. Besonders positiv in diesem Zusammenhang sei zu vermerken, dass sich der soeben vorgelegte tourismuspolitische Bericht der Bundesregierung für die 16. Wahlperiode mit dem Thema Entwicklungszusammenarbeit im Tourismus beschäftige. Wenn dort festgestellt werde, dass für die deutsche Entwicklungszusammenarbeit gelte, das Potenzial des Tourismus für die Schaffung von Arbeitsplätzen, die Verbesserung der Einkommenssituation ärmerer Bevölkerungsschichten und damit für die Armutsreduktion zu erkennen und zu nutzen, dann sei dies eine gute Basis, auf der man weiterarbeiten könne.

Besondere Betonung fand auch die Forderung, in die Länderinformationen des Auswärtigen Amts künftig mehr tourismuspolitische Informationen aufzunehmen. Vom Tourismusbeauftragten der Bundesregierung werde erwartet, dass er sich beim Bundesminister des Auswärtigen für dieses Anliegen stark mache.

Die **Fraktion der FDP** stellte fest, es sei richtig und sinnvoll, den Tourismus in unterentwickelten Ländern voranzubringen. Dies sei für viele dieser Länder heute beinahe die einzige Chance für einen wirtschaftlichen Aufschwung. Bei

der Frage, wie die Chancen konkret genutzt werden sollen, bleibe der Koalitionsantrag allerdings vage. Insofern handele es sich um einen typisch großkoalitionären Antrag, der vorwiegend Absichtserklärungen enthalte und Ziele formuliere, aber kein schlüssiges Konzept vorlege, wie die Entwicklungsländer tatsächlich vom Tourismus profitieren können.

Die Fraktion könne sich daher nur enthalten.

Ähnliches gelte auch für den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der sicherlich viele richtige Ansätze enthalte, aus einem maßgeblichen Grund jedoch abgelehnt werden müsse. In dem Antrag werde ausgeführt, dass die Einführung einer Kerosinsteuer zur Reduzierung von Treibhausgasen im Luftverkehr längst überfällig sei, bisher aber weder international noch EU-weit noch national realisiert worden sei. Diese Formulierung sei rundweg abzulehnen, da eine nationale Kerosinbesteuerung eine wirtschaftliche Katastrophe für die nationalen Luftfahrtgesellschaften darstelle. Die Besteuerung von Flugbenzin sei allenfalls EU-weit vernünftigerweise aber international zu regeln.

Die **Fraktion DIE LINKE.** wies darauf hin, dass beide Anträge in ihrem Feststellungsteil viele zutreffende Situationsbeschreibungen enthielten. Problematischer seien dann die Forderungsteile mit ihren vielen weichen, schwammigen und wenig konkreten Formulierungen. Barrierefreier Tourismus sei in beiden Anträgen leider kein Thema. Es sei aber die Aufgabe des Parlamentes, Vorgaben zu machen und nicht Bitten zu äußern. In den Anträgen würden aktuelle Entwicklungen nicht berücksichtigt, wie z. B. die Verlagerung eines großen Teils des Tourismus auf den Kreuzfahrttourismus, der dazu führe, dass in den Zielländern außer dem Müll der Kreuzfahrtschiffe nichts mehr ankäme. Auch würde nicht problematisiert, dass bei den Reiseanbietern die Entwicklung zu globalen multinationalen Konzernen recht deutlich sei. Wichtig sei es daher, sozialökologische Mindeststandards herzustellen. Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der eine etwas andere Zielrichtung verfolge, insbesondere aber auch Strategien zur Reduzierung klimaschädlicher Emissionen durch den tourismusbedingten Verkehr fordere, würde unterstützt.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** hob hervor, dass der Flugverkehr durch eine Vielzahl von Schadstoffen und unterschiedlichen Effekten eine erhebliche Wirkung auf unser Klima habe. Es sei davon auszugehen, dass der Anteil des Flugverkehrs am weltweiten Treibhauseffekt bei etwa 12 Prozent liegt und bis zum Jahr 2030 voraussichtlich höher sein wird als der des weltweiten Straßenverkehrs. Auf der anderen Seite sei natürlich nicht zu verkennen, dass Ferntourismus auch der Völkerverständigung, der Entwicklung der Demokratisierung und der Armutsbekämpfung diene. Für die Zukunft sei es sehr wichtig, ein Gleichgewicht zwischen dem Klimaschutz und den armutsmindernden und gesellschaftspolitischen Auswirkungen des Tourismus zu finden. Hier weise der bündnisgrüne Antrag in die richtige Richtung, während der Antrag der Koalitionsfraktionen den Klimaaspekt nicht im Auge habe und daher abzulehnen sei. Leider sei gerade in Entwicklungsländern immer wieder zu beobachten, dass die aus dem Tourismus erwirtschafteten Gewinne der breiten Bevölkerung nicht zugute kämen. Hier gebe der eigene Antrag, z. B. durch die Forderung nach einem Ausbau der Zusammenarbeit von deutschen Entwicklungshilfeorganisationen mit der Tourismuswirtschaft in den Zielländern in Form von Entwicklungspartnerschaften die richtigen Impulse, um benachteiligte Bevölkerungsteile an der tourismusbedingten Wertschöpfung teilhaben zu lassen.

Berlin, den 13. Februar 2008

Jürgen Klimke Berichterstatter	**Reinhold Hemker** Berichterstatter	**Ernst Burgbacher** Berichterstatter
Dr. Ilja Seifert Berichterstatter	**Bettina Herlitzius** Berichterstatterin	



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333